

**163. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 29.10. 2014**

Antrag Nr 1

Die 163 Vollversammlungen der Wiener Arbeiterkammern fordern die Regierung auf, rassistische Hetze zu bekämpfen.

Begründung:

Wir erleben rassistische Hetze, Tag für Tag, die schamlos und ungestraft stattfindet. Diese Hetze gegen “Fremde”, gegen Flüchtlinge wird (nicht nur, aber im besonderen Maß) von der FPÖ betrieben. Sie ist eine Fortsetzung der Hetze gegen Juden, gegen Afrikanern, gegen “Zigeuner”, eine Weiterführung alles dessen, was schon einmal zum Massenmord führte.

Dafür kann es keine Toleranz geben. Rassistische Organisationen dürfen in einer demokratischen Republik keinen Platz haben. Sie gehören verboten.

Es gibt in Österreich ein NS-Verbotsgesetz, aber es wird so gut wie gar nicht angewendet.

Dies obwohl jeder weiß, dass die Burschenschaften (wie Hans-Henning Scharsach in seinem Buch “Strache im braunen Sumpf” schreibt) eine Kadenschmiede sind sowohl der Neonazis als auch der FPÖ.

Wir stehen auf der Seite aller derer, die dem Rassismus entgegenreten. Dem Rassismus in Medien und Parteien, dem Rassismus in Ämtern und Gerichten.

Unser ganz besonderes Augenmerk gilt den Urhebern und Vollstreckern der rassistischen Apartheidgesetze, die die Menschen in diesem Land in “Einheimische” und “Fremde” trennen.

**163. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 29.10. 2014**

Antrag Nr 2

Die 163 Vollversammlungen der Wiener Arbeiterkammern fordern das Sozialministerium auf, die Arbeitslose das Recht auf Urlaub im Ausland zu ermöglichen.

Begründung:

Es wurde am 8.8.2014 am Wiener Graben gegen das Ausreiseverbot für Arbeitslose protestiert.

Arbeitslosigkeit und die Suche nach einer neuen Arbeit, die oft sinnlosen Zwangsmaßnahmen des AMS (Wie üblich sind MigrantInnen von solchen Arbeitszwangprogrammen besonders betroffen) und der tagtägliche Kampf mit der Bürokratie sind sehr anstrengend und auch für den Partner oder die ganze Familie finanziell und psychisch sehr belastend. Im Gegensatz zu vielen anderen Industriestaaten verlieren in Österreich Arbeitslose ihr Arbeitslosengeld und die Krankenversicherung, wenn sie ins Ausland reisen.

Vor allem die Familien und Kinder der Arbeitslosen, leiden darunter. Auch Familienangehörige, die im Ausland leben, können nicht besucht werden.

Obwohl Arbeitslose selbst oft über viele Jahre hinweg in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben und nicht dafür verantwortlich sind, dass es zu wenig Jobs gibt, beschränkt die Regierung das Menschenrecht auf Familienleben und Bewegungsfreiheit.

Hinzu kommt Geldmangel durch die Arbeitslosigkeit, weshalb beispielsweise in Deutschland von der Partei „Die Linke“ ein Urlaubsgeld für Arme. Selbst für Hartz-IV-Empfänger in Deutschland ist nach Absprache mit der Arbeitsagentur ein Urlaub im Ausland möglich.

**163. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 29.10. 2014**

Antrag Nr 3

Die 163 Vollversammlungen der Wiener Arbeiterkammern fordern alle Menschen guten Willens auf, die Proteste gegen den Abbau der ArbeitnehmerInnenrechte zu unterstützen.

Begründung:

Die konservativ-neoliberale Regierung von James Cameron gehört zu den brutalsten Umsetzern des von der EU forcierten "neoliberalen Aktivierungs- und Arbeitszwangsregimes": Neben einem massiven Abbau bei der Arbeitslosenversicherung und einem Kahlschlag bei Sozialleistungen hat in Großbritannien die Regierung mit Ausweitung der Androhung von Bezugssperren gegen Erwerbs-Arbeitslose, Arme und Invalide ein umfangreiches Überwachungs- und Disziplinierungsregime geschaffen.

Dabei setzt die Regierung von James Cameron zunehmend auf Arbeitszwangsprogramme, bei denen Arbeitslose, Arme und Invalide zu ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse degradiert werden und unter menschenrechtswidriger Androhung des Existenzentzuges (Bezugssperren) gezwungen werden, zum Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfegeld, ohne regulären Lohn für Firmen, "Wohlfahrtseinrichtungen" und Gemeinden zu arbeiten. Auf Kosten der Arbeitslosenversicherung und Steuern zahlenden ArbeitnehmerInnen regulär bezahlte ArbeitnehmerInnen durch Gratis ArbeiterInnen ersetzen.

Besonders hart betroffen sind Invalide und Behinderte, die von der privaten Firma "atos" im Auftrag der Regierung einfach als "fit to work" erklärt und durch aufgezwungene "Integrationsprogramme" in Gesundheit und Leben massiv gefährdet werden.

Insbesondere sind die Gewerkschaften aufgefordert, ihre Komplizenschaft mit dem neoliberalen Aktivierungs- und Arbeitszwangsregime zu beenden und sich voll und ganz hinter die am "zweiten Arbeitsmarkt" entrechteten ArbeitnehmerInnen zu stellen.

Auch wenn im sozialpartnerschaftlichen Österreich dieses Zwangsregime noch nicht derart offen und brutal umgesetzt wird, so hat dennoch Sozialminister Humdstorfer nach den AIVG-Novellen 2004 und 2007 mit der Mindestsicherung und der Abschaffung der befristeten Invaliditätspension den rechtlichen Umbau des bismarckschen Sozialstaates zum neoliberalen "Aktivierungsstaat" in den Grundzügen bereits vollzogen und ebenfalls den Druck auf Erwerbs-Arbeitslose, Arme und Invalide massiv erhöht.